

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und
der BSW-Fraktion

zu:

Antrag der CDU-Fraktion - Oranienburg bei der Bewältigung der Bombenlast unterstützen - Kompetenzen bündeln, Maßnahmen ausweiten, Finanzierung sichern - Drucksache 8/635 vom 12.03.2025

Kompetenzregion bei der Kampfmittelsuche - Erfolgreich erprobte Strukturen der Modellregion Oranienburg bei der Kampfmittelsuche verstetigen, Kampfmittelsuche und -beseitigung weiter optimieren

Der Landtag Brandenburg stellt fest:

Die Modellregion Oranienburg bei der Kampfmittelsuche hat erfolgreich dazu beigetragen, die Kampfmittelsuche und -beseitigung im Stadtgebiet Oranienburg zu beschleunigen. Die Ausstattung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes (KMBD) des Landes Brandenburg mit zusätzlichen Aufgaben und Befugnissen im Zuge der Erprobung hat effektiv geholfen, Verfahren zu vereinfachen und effektiver zu gestalten. Die im Rahmen der Modellregion gesammelten Erfahrungen kommen nicht nur der Stadt Oranienburg zugute, sondern bieten auch wertvolle Erkenntnisse für andere kampfmittelbelastete Regionen im Land Brandenburg. Angesichts der enormen Kampfmittelbelastung in Oranienburg bleibt es eine dringende und prioritäre Aufgabe des Landes, die Kampfmittelsuche auch in den kommenden Jahren konsequent fortzusetzen und weiter zu intensivieren, um die Sicherheit der Bevölkerung langfristig zu gewährleisten, Infrastruktur zu schützen und die Stadtentwicklung zu begünstigen.

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Modellregion Oranienburg bei der Kampfmittelsuche in eine Kompetenzregion zu überführen und hierfür eine Konzeption zu entwickeln, die dem Ausschuss für Inneres und Kommunales im vierten Quartal 2025 zugeleitet werden soll;
2. die kontinuierliche Stärkung und Modernisierung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes des Landes durch den Ausbau von Fachkompetenzen, die Förderung von Innovationen und die Bereitstellung modernster Technologien auch in Zukunft zu gewährleisten;

3. in Kooperation mit dem Landkreis Oberhavel und der Stadt Oranienburg darauf hinzuwirken, bestehende Hürden im Verwaltungsvollzug (z. B. in den Bereichen Bauen und Naturschutz) abzubauen und aufzuzeigen, welche geeignete Instrumente für einen Interessenausgleich in Frage kommen und wie diese umgesetzt werden können;
4. zu prüfen, welche Maßnahmen das Land ergreifen kann, um dem Fachkräftemangel, auch bei den Kampfmittelräumfirmen zu begegnen und die Handlungsfähigkeit der zu entwickelnden Kompetenzregion zu gewährleisten;
5. bei dem Einbringen eines Entwurfs für ein Rüstungsaltpostenfinanzierungsgesetz in der neuen Legislaturperiode des Bundes für eine Mittragstellung auch anderer Bundesländer zu werben und sich nach dem nach Auslaufen der zeitlich befristeten finanziellen Unterstützung des Bundes für eine Verstärkung dieser Hilfe für kampfmittelbelastete Länder zur Beseitigung alliierter Kampfmittel einzusetzen.

Begründung:

Die Kampfmittelbelastung in Oranienburg zählt zu den höchsten in Deutschland und birgt weiterhin erhebliche Risiken für die Bevölkerung, die Infrastruktur und die Stadtentwicklung. 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges werden noch immer rund 200 alliierte Bombenblindgänger mit chemischen Langzeitzündern im Stadtgebiet Oranienburg vermutet.

Seit Jahren wird in Oranienburg systematisch nach Altlasten gesucht, wobei das Land Brandenburg einen Großteil der Kosten trägt. Die Evaluation der Modellregion hat gezeigt, dass der im Jahr 2019 eingeschlagene Weg Brandenburgs zur Beschleunigung der Kampfmittelsuche sinnvoll und erfolgreich war. Durch die Erweiterung der Befugnisse und die verbesserte Ausstattung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes (KMBD) konnten Verfahren vereinfacht und effektiver gestaltet werden.

Mit der Kompetenzregion sollen bewährten Strukturen und Prozesse institutionalisiert werden. Dabei sollen die gesammelten Erfahrungen genutzt und weiterentwickelt werden, um die Kampfmittelsuche und -beseitigung noch effizienter und zielgerichteter zu gestalten.

Darüber hinaus soll sich das Land weiter auf der Bundesebene intensiv dafür einsetzen, dass der Bund sich finanziell an der Kampfmittelbeseitigung alliierter Kampfmittel beteiligt; anders wird sich diese Generationenaufgabe nicht lösen lassen.